

Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 vorgestellt: Abermals unter sechs Millionen Straftaten und weniger Tatverdächtige

Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 vorgestellt: Abermals unter sechs Millionen Straftaten und weniger Tatverdächtige
 Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, haben heute vor der Bundespressekonferenz in Berlin die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2012 vorgestellt. Erneut wurden, wie bereits in den beiden Jahren zuvor, auch 2012 weniger als sechs Millionen Straftaten registriert. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Zahl geringfügig um 0,1% an (2011: 5.990.679 Straftaten; 2012: 5.997.040 Straftaten). Die Aufklärungsquote lag ebenfalls fast unverändert bei 54,4% (2011: 54,7%). Die bereits in den beiden letzten Jahren rückläufigen Tatverdächtigenzahlen setzen sich abermals fort, hier gibt es einen erfreulichen Rückgang um 0,9% (2.094.118 Tatverdächtige). Über ein Viertel hiervon (26,9%) sind Mehrfachtatverdächtige, das heißt, dass sie im Berichtsjahr mehr als zweimal als Tatverdächtige polizeilich erfasst wurden. Bei den Straftaten gegen das Leben (Rückgang um 3,4% auf 3.028 Fälle) und gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Rückgang um 2,7% auf 45.824 Fälle) setzt sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Gleiches gilt für die Gewaltdelikte; sie sind um 1,0% auf 195.143 Fälle zurückgegangen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung in erster Linie auf Rückgänge bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung um 2,2% auf 136.077 Fälle. Bundesinnenminister Dr. Friedrich erklärte dazu: "Deutschland zählt international zu den sichersten Ländern. Trotzdem ist jede Straftat und jedes Opfer eines zu viel. Daher müssen wir besonders Deliktfelder aufmerksam verfolgen, wo die Zahl der Taten auffällig zunimmt, wie beim Anstieg der Wohnungseinbruchsdiebstähle (+ 8,7% gegenüber dem Vorjahr; Aufklärungsquote 15,7%). Befragungen haben ergeben, dass Einbrüche vor allem auch weitreichende Konsequenzen psychischer Art nach sich ziehen. So haben etwa 70% der Opfer seelische Probleme, weil in ihre Intimsphäre, in die Geborgenheit ihrer Wohnung eingedrungen wurde, sie auf den Kopf gestellt wurde und persönlich wertgeschätzte Gegenstände gestohlen wurden. Das Bundeskriminalamt erstellt derzeit ein Lagebild, das Grundlage für weitere Beratungen mit den Innenministern der Länder sein soll, damit diese ihre Anstrengungen im Kampf gegen dieses Deliktfeld gezielter und wirksamer verstärken können". Diebstahlsdelikte machen auch insgesamt, wie in den Vorjahren, mit 39,7% den größten Anteil an der PKS aus, wenngleich die Fallzahlen insgesamt im Gegensatz zum Vorjahr um 1% gesunken sind. Insbesondere bei der Kfz-Kriminalität gibt es einen erfreulichen Rückgang der Kfz-Diebstähle um 9,3% auf 37.238 Fälle. Eine ähnliche Entwicklung gibt es beim Ladendiebstahl, wo es einen Rückgang um 6,6% auf 345.873 Fälle gab. Zunehmend beschäftigt die sog. Cyberkriminalität die Polizeien des Bundes und der Länder, also Straftaten, die unter Ausnutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik begangen werden, indem etwa Daten ausgespäht und abgefangen werden oder indem mit einer Schadsoftware Daten verändert oder Computer beschädigt werden. 2012 sind solche Delikte im Vergleich zum Vorjahr um 7,5% auf 63.959 Fälle angestiegen, bei einem vermutlich erheblichen Dunkelfeld. "Die Bedrohungslagen werden vielfältiger und es steigen die Schadenssummen. Cyberkriminalität ist ein flexibler und anonymer Deliktbereich. Darauf muss die Sicherheitspolitik reagieren. Hier dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen," betonte der Bundesinnenminister. Erfreulich ist, dass erneut die Zahl tatverdächtiger Jugendlicher (14 bis unter 18 Jahre) um 6,7% auf 200.257 (2011: 214.736) zurückgegangen ist. Noch stärker - um 14,6% auf 27.097 - ist der Rückgang des Anteils jugendlicher Tatverdächtiger bei der Gewaltkriminalität. (2011: 31.730); dies gilt auch und besonders für den Tatverdächtigenanteil an der gefährlichen und schweren Körperverletzung, der sich um 16,5% auf 21.066 jugendliche Tatverdächtige (2011: 25.222) verringerte. Bundesminister Dr. Friedrich: "Der erneute Rückgang der Fallzahlen zeigt, dass die vielfältigen Bemühungen zur Bekämpfung von Gewaltkriminalität Früchte tragen. Ich denke hier an die unermüdliche Arbeit von Polizei und Justiz, aber auch an die zahllosen präventiven Projekte staatlicher und nichtstaatlicher Akteure." Länderinnenminister verstärken den Kampf gegen Einbruchdiebstahl
 Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Minister Boris Pistorius erklärte zur Vorstellung der PKS: "Alleine im vergangenen Jahr hat die Versicherungswirtschaft ihren Schaden durch Wohnungseinbrüche auf 600 Millionen Euro taxiert. Im Bundesschnitt konnte 2012 aber nur jeder sechste Einbruch, das sind gerade einmal 15,7% aller Fälle, aufgeklärt werden. Das ist zu wenig! Häufig fehlen allerdings konkrete Ermittlungsansätze. Die zuständigen Innenminister und -senatoren der Länder sind entschlossen, dieser Entwicklung konsequent entgegenzutreten. Im Auftrag der Innenministerien analysiert aktuell eine Arbeitsgruppe den Bereich der Wohnungseinbrüche und erarbeitet ergänzende Strategien. Der Ermittlungsdruck auf Einbrecher ist bereits deutlich erhöht worden. Dazu gehört neben der kontinuierlichen Verbesserung des überregionalen Informationsaustausches u.a. auch eine Qualitätsoffensive bei der Tatortaufnahme. Fakt ist aber auch: Über ein Drittel, im vergangenen Jahr sogar 39,1 Prozent aller Wohnungseinbrüche, sind im Versuchsstadium steckengeblieben. Das zeigt positiv, dass sich der Einsatz von geeigneter Sicherungstechnik an Türen und Fenstern lohnt, bzw. gemeinsam mit einer aufmerksamen Nachbarschaft der Schutz verbessert werden kann. Hier müssen wir ansetzen und in der Zukunft noch stärker auf Prävention und Information der Bürger setzen. Jeder Bürger muss wissen, wie er bei sich zu Hause den Einbruchschutz verbessern kann. Dazu dienen auch die Kampagnen "Wachsamer Nachbar" (Niedersachsen) oder die bundesweite Aktion "K-Einbruch". Der erste Griff, wenn man in sein Auto steigt, ist der zum Gurt. Und genau so selbstverständlich wie das Anschnallen eine individuelle präventive Maßnahme im Straßenverkehr ist, müssen auch einige wenige Handgriffe, wie das sichere Abschießen der Haus- oder Wohnungstür oder das Schließen der Fenster beim Verlassen des Hauses sein, selbst wenn man nur kurz etwas einkaufen gehen möchte. Eine erfolgreiche Prävention funktioniert nur als ein ganzheitlicher Ansatz auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger als Mieter oder Eigentümer, Wohnungsbauunternehmern sowie kommunalen Verantwortungsträgern. Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen bleibt eine Aufgabe, bei der die gesamte Gesellschaft gefordert ist, auf einander zu achten und wachsam zu sein! Das sind wir insbesondere den Opfern schuldig." Mehr zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2012 und die Gesamt-Statistik finden Sie im Internet unter www.bmi.bund.de
 Bundesministerium des Innern (BMI)
 Alt-Moabit 101 D-10559 Berlin
 Telefon: 01888 681-0
 Telefax: 01888 681-2926
 Mail: poststelle@bmi.bund.de
 URL: <http://www.bmi.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
poststelle@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
poststelle@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.